

GdF-AKTUELL

NEWSLETTER DER GRUPPE DER FRAUEN DER
CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

nicht nur für die Damen in der CDU und für Interessentinnen an unserer Politik, sondern natürlich auch für die Herren erarbeitet die Gruppe der Frauen einen eigenen Newsletter, der über aktuelle Diskussionen in der Bundestagsfraktion berichtet.

In unserer dritten Ausgabe „GdF-Aktuell“ haben wir Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zur Beantwortung unserer Rubrik „3 Fragen an...“ gewinnen können. Lesen Sie ihre Antworten auf Seite 2.

Das Thema Elterngeld hat in den letzten Wochen weiterhin zu Diskussionen geführt. Mit dem Kabinettsbeschluss vom 14. Juni 2006 und der ersten Lesung im Bundestag am 22. Juni 2006, ist der Entwurf in die entscheidende Phase des Gesetzgebungsverfahrens eingetreten. Lesen Sie dazu die Pressemitteilung der Gruppe der Frauen vom 1. Mai 2006 auf Seite 7, sowie die Zusammenfassung der Frauen-Union auf Seite 6.

Anfang Juli geht der Bundestag in die Sommerpause, so dass die Arbeit der Abgeordneten bis September hauptsächlich in den Wahlkreisen stattfinden wird. Das nächste „GdF-Aktuell“ wird daher erst im September nach der Sommerpause erscheinen.

Bis dahin wünsche ich Ihnen alles Gute und viel Spaß bei der Lektüre.

Ihre



Monika Grütters ist seit September 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und auch Mitglied der Gruppe der Frauen der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag.

CDU- Grundsatzprogramm soll Familienförde- rung neu fassen

CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla hat mit Blick auf die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm der CDU angekündigt, das Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting zu erweitern. In welcher Form dies geschehen soll, wird zur Zeit noch diskutiert. Die CDU-Grundsatzprogramm-Kommission wird ihre Arbeit mit einem ersten Entwurf kommenden März beenden.



3 Fragen an...

Dr. Angela Merkel

Bundeskanzlerin
der Bundesrepublik Deutschland und
Vorsitzende der CDU Deutschlands

1. Was ist für Sie moderne Frauenpolitik?

Frauen und Männer sollen in der Familie, im Beruf, kurz in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichberechtigt nebeneinander stehen. Auf dem Papier haben wir das in unserem Land längst erreicht. Aufgabe einer modernen Frauenpolitik ist es, dafür zu sorgen, dass das überall in unserer Gesellschaft tatsächlich so funktioniert. Dafür müssen wir die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, und die hängen übrigens ganz eng mit unserer Familienpolitik zusammen.

Es gehört auch zu unserer Frauenpolitik, dass wir uns in Deutschland und weltweit nachdrücklich für die Rechte von Frauen einsetzen, dass wir Gewalt, Zwangsheiraten und Menschenhandel nicht dulden und entschieden bekämpfen.

2. Was ist für Sie moderne Familienpolitik?

Moderne Familienpolitik heißt für mich, junge Frauen und Männer zu ermutigen, sich für Familie zu entscheiden. Es muss endlich einfacher werden, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Dafür setzen wir eindeutige Signale: Wir tun gemeinsam mit den Ländern und Kommunen etwas für die Verbesserung der Kinderbetreuung. Das ist ganz dringend.

Mit dem Elterngeld setzen wir ein weiteres, wichtiges Signal: Kinder sind willkommen. Wir wollen, dass sich Eltern Zeit nehmen können für ihre Kinder, dass sie eine enge Bindung zu ihnen aufbauen, dem Kind Sicherheit und Geborgenheit geben. Deshalb sollen sie die Chance bekommen, sich im ersten Lebensjahr intensiv um das Kind zu kümmern, ohne einen gravierenden finanziellen Einbruch zu erleiden. Wenn der andere Elternteil, in der Regel der Vater, auch bereit ist, für das Kind die Erwerbstätigkeit vorübergehend ganz oder teilweise aufzugeben, gibt es als Bonus zwei weitere Monate Elternzeit. Viele von den jungen Vätern wollen das sehr gerne tun.


Ich bin zuversichtlich, unsere Familienpolitik wird etwas ändern in unserem Land und uns dem Ziel einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft ein ganzes Stück näher bringen.

3. Was wünschen Sie sich von der Gruppe der Frauen?

Ich wünsche mir, dass die Frauen sich kraftvoll zu Wort melden, dass sie ihre Sichtweise einbringen in die Politik und sich einmischen und mitgestalten, wo immer es möglich ist. Ihre Unterstützung für meine Politik ist mir sehr wichtig.

>>> VORSTELLUNG DER MITGLIEDER DER GRUPPE DER FRAUEN

Name:	Monika Brüning	
Geburtsdatum:	13. Juli 1951	
Landesgruppe:	Niedersachsen	
Wahlkreis:	Hannover-Land I (WK - Nr.: 43)	
Funktionen:	<ul style="list-style-type: none">- Bezirksvorsitzende der Frauen Union Bezirksverband Hannover- Stellv. Vorsitzende Förderkreis Palliativ Klinikum Hannover e.V.- Kuratoriumsmitglied der Stiftung St. Barbara- Vorstandsmitglied Freunde u. Förderer der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover e.V.- Stellv. Landesvorsitzende Reservistenverband Niedersachsen	
Ordentliches Mitglied im Ausschuss für:		
	<ul style="list-style-type: none">- Verteidigungspolitik	
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für:		
	<ul style="list-style-type: none">- Gesundheit	
Schwerpunkthemen / Berichterstattungen:		
	<ul style="list-style-type: none">- Verteidigung- Bundeshaushalt:<ul style="list-style-type: none">- Sanitätswesen- Feldzeugwesen, Pionierwesen, ABC-Schutzmaterial- Bundeswehr:<ul style="list-style-type: none">- Streitkräftebasis- Sozial- und Fürsorgegesetzgebung- Sanitäts- u. Gesundheitswesen- Soldatenbetreuung, Familienbetreuung, Soziale Fragen- Vertrauensperson, Soldatenbeteiligung	

Name:	Gitta Connemann	
Geburtsdatum:	10. Mai 1964	
Landesgruppe:	Niedersachsen	
Wahlkreis:	Unterems (WK - Nr.: 26)	
Funktion:	<ul style="list-style-type: none">- Vorsitzende der Enquetekommission 'Kultur in Deutschland'	
Ordentliches Mitglied im Ausschuss für:		
	<ul style="list-style-type: none">- Arbeit u. Soziales- Enquetekommission 'Kultur in Deutschland'	
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für:		
	<ul style="list-style-type: none">- Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz- Kultur u. Medien	
Schwerpunkthemen / Berichterstattungen:		
	<ul style="list-style-type: none">- Arbeitsrecht- Künstler- u. Agrarsozialversicherung- Saisonarbeit- Verbraucherschutz im Bereich Schönheitschirurgie- Gartenbau- Kulturwirtschaft	

Name: Marie-Luise Dött
Geburtsdatum: 20. April 1953
Landesgruppe: Nordrhein-Westfalen
Wahlkreis: Oberhausen - Wesel III (WK - Nr.: 118)
Funktionen:

- Umweltpolitische Sprecherin /
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit
- Vorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU)

Ordentliches Mitglied im Ausschuss für:

- für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für:

- Angelegenheiten der Europäischen Union
- Finanzen

Schwerpunkthemen / Berichterstattungen:

- Umweltpolitik und Klimaschutz
- Mittelstandspolitik



Name: Maria Eichhorn
Geburtsdatum: 11. September 1948
Landesgruppe: Bayern
Wahlkreis: Regensburg (WK - Nr.: 234)
Funktionen:

- Drogenbeauftragte
des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden
- Beisitzerin im Fraktionsvorstand

Ordentliches Mitglied im Ausschuss für:

- Gesundheit

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für:

- Familie, Senioren, Frauen u. Jugend
- Verkehr, Bau u- Stadtentwicklung
- Verteidigung

Schwerpunkthemen / Berichterstattungen:

- Familienpolitik
- Palliativmedizin u. Hospize
- Drogen u. Sucht
- Spätabtreibung
- anonyme Geburt



Name: Anke Eymer
Geburtsdatum: 12. April 1949
Landesgruppe: Schleswig-Holstein
Wahlkreis: Lübeck (WK - Nr.: 11)
Ordentliches Mitglied im Ausschuss für:

- Auswärtiges
- Parlamentarische Versammlung des Europarates

Schwerpunkthemen / Berichterstattungen:

- südliches Afrika



Traditionelle Familie wird seltener

Die traditionelle Familie ist auf dem Rückzug: jede vierte Familie mit minderjährigen Kindern in Deutschland ist inzwischen eine „alternative Familienform“. Gemeint sind damit Lebensgemeinschaften oder allein erziehende Mütter oder Väter mit Kindern unter 18 Jahren.

Rund drei Prozent der Väter in Deutschland erziehen ihre Kinder alleine. Die traditionelle Ehepaar-Familie mit minderjährigen Kindern nimmt dagegen in Deutschland stetig ab. Im Westen ging die Zahl der traditionellen Familien in den letzten zehn Jahren um 6 Prozent zurück, im Osten gar um 36 Prozent. Im Gegensatz zu vielen alleinerziehenden Müttern, arbeiten die meisten alleinerziehenden Väter Vollzeit. Auch für sie ist nicht leicht, Beruf und Familie zu vereinbaren, aber offenbar erfahren sie mehr Unterstützung in ihrem sozialen Umfeld und Arbeitsplatz.

Nach dem siebten Familienbericht der Bundesregierung „Familie zwischen Wandel und Verlässlichkeit“ ist die finanzielle und steuerliche Förderung von Familien in Deutschland nicht mehr zeitgemäß. Nach dem ersten Kind beginnt für junge Familien durch den Wegfall eines Gehalts oft eine finanzielle Talfahrt. Ein Schritt, um diese Situation zu vermeiden, ist das Elterngeld, das mit dem 1. Januar 2007 eingeführt werden soll. Vorbilder für Elterngeld, Ausbau der Infrastruktur für Familien, Kinderbetreuung und für eine geänderte finanzielle Förderung finden sich in Ländern wie Dänemark, Schweden und Frankreich.

Auch von der Wirtschaft wird mehr Rücksicht auf Eltern gefordert. Nach Meinung der Experten müsse die Politik Kinder als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht als Privatsache ansehen werden.

(Quelle: APD 12.05.2006)

Kind und Job - gute Ergebnisse

Forscher des University College London entdeckten in einer Langzeitstudie einen Zusammenhang zwischen der Berufstätigkeit von Frauen und ihrem Gesundheitszustand. Eine Mischung aus Karriere und Mutterschaft ist für Frauen danach empfehlenswert, wirkt positiv für ihre Immunsystem und Kreislauf, hilft Fettleibigkeit zu verhindern. Eine Frau, die sich für Kind und Karriere entscheidet ist meist fitter und schlanker, Hausfrauen werden dicker.

Hausfrauen und Frauen mit Kurzzzeitjobs, wird geraten, nicht unbedingt Vollzeitjobs zu suchen, sondern sich auch mehr Freiräume zu verschaffen, um die Dauerbelastung zu unterbrechen und so Kraft für neue Aufgaben zu tanken. Glücklicher und länger lebt auch, wer nicht so viel Rücksicht auf Konventionen nimmt.

(Quelle: Financial Times Deutschland, 18.05.2006)

Frauen-Unionen von CDU und CSU wollen gemeinsame Schlagkraft für Integration nutzen

Die Vorstände der Frauen Unionen von CDU und CSU haben sich erstmals zu einer gemeinsamen Sitzung getroffen, um sich mit Integrationsfragen zu beschäftigen. Integrationspolitik ist eine wichtige Zukunftsaufgabe für die gesellschaftliche Entwicklung. Ab 2010 hat jeder zweite Mitbürger unter 40 Jahren in den großen Städten Deutschlands einen Migrationshintergrund. Parallelgesellschaften dürften nicht länger geduldet werden. Zugewanderten Frauen und Müttern komme eine Schlüsselrolle für eine gelingende Integration zu.

Der internationale PISA-Bericht zu den Chancen von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zeigt einen besorgniserregenden Leistungsabstand zwischen den Kindern der ersten und zweiten Einwanderergeneration. Kinder und Jugendliche, aus neu zugewanderten Familien, erzielten bessere Leistungen als Kinder mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren, aufgewachsen und zur Schule gegangen sind. Der enge Zusammenhang der Beherrschung der deutschen Sprache mit den erzielten schulischen Leistungen offenbart die Notwendigkeit der Sprachförderung vom frühen Kindesalter an. Elternhaus, Kindergarten und Grundschule müssen an einem Strang ziehen. Böhmer und Müller forderten daher die Einbeziehung der Eltern und besonders der Mütter in die vorschulischen und schulischen Angebote. Auch dürfe nicht länger geduldet werden, dass Mädchen vom Sexualekundeunterricht in der Schule oder von Klassenfahrten abgemeldet würden.

Informationen zum Elterngeld

- Das Elterngeld wird zum 01. Januar 2007 eingeführt.
- 67 Prozent des Nettoeinkommens des betreuenden Elternteils, mindestens 300 Euro, maximal 1.800 Euro, werden ersetzt.
- Elterngeld erhält nur, wer nicht mehr als 30 Stunden pro Woche arbeitet.
- Das Elterngeld wird 14 Monate lang gezahlt. Jeweils mindestes zwei Monate stehen alleine dem Vater oder der Mutter zur Verfügung. Die übrige Zeit kann frei aufgeteilt werden: ob sieben Monate gemeinsam oder hintereinander genommen werden oder die Zeit anders aufgeteilt wird, bleibt den Eltern überlassen.
- Nimmt der Vater oder die Mutter die zwei Partnermonate nicht in Anspruch, wird hierfür kein Elterngeld, auch kein Mindestelterngeld bezahlt.
- Fällt bei der Betreuung des Kindes kein Einkommen weg, wird ein Mindestelterngeld von 300 Euro für den Zeitraum von 12 Monaten gezahlt. Das betrifft Transferempfänger genauso wie Alleinverdiener-Familien und Studenten. Das Mindestelterngeld wird in diesem Zeitraum nicht auf andere Sozialleistungen wie etwa das Arbeitslosengeld II angerechnet.
- Keine Familie erhält im ersten Lebensjahr des Kindes weniger Geld als bisher. Das Elterngeld kann auch bei gleichem Gesamtbudget auf einen Zeitraum von zwei Jahren ausgedehnt werden.
- Die Partnermonate werden bei geschiedenen oder getrennt lebenden Partnern im Falle der gemeinsamen elterlichen Fürsorge auch für den geschiedenen oder getrennt lebenden Partner gezahlt, wenn er für die Erziehung zur Verfügung steht.
- Bei allein erziehenden Eltern hat im Falle der alleinigen elterlichen Sorge der allein erziehende Elternteil den Anspruch auf die Partnermonate, bekommt also 14 Monate die Leistungen.
- Bei der Geburt eines weiteren Kindes innerhalb von 24 Monaten ist die Zeit zwischen den Geburten häufig zu kurz, um die Berufstätigkeit wieder aufzunehmen. Deshalb wird in diesen Fällen zusätzlich zum neuen Elterngeld von 300 Euro (Mindestbetrag) die Hälfte der Differenz zum ersten Elterngeld als Geschwisterbonus gezahlt.

Heinen/Böhmer: Integration von Frauen durch Sprache und Bildung befördern

Anlässlich der Klausurtagung der Gruppe der Frauen am 28. Mai 2006 in Berlin erklären die Vorsitzende der Gruppe der Frauen, Ursula Heinen MdB, und die Beauftragte der Bundesregierung für Integration, Maria Böhmer MdB:

Die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird in diesem Jahr die Integration ausländischer, besonders bildungsferner Frauen zum Hauptthema machen. Auf der Klausurtagung wurden folgende Schwerpunkte besprochen:

1. Deutsche Sprache

Die Kenntnis der deutschen Sprache ist eine entscheidende Voraussetzung für die berufliche und soziale Integration. Frauen, die die deutsche Sprache beherrschen, können vom Bildungsangebot in Deutschland profitieren und haben so bessere Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe.

2. Selbstbestimmtes Leben

Immer wieder kommt es vor, dass Frauen zur Heirat gezwungen werden und nicht mehr über ihr eigenes Leben entscheiden können. Mädchen beispielsweise, die in Deutschland aufgewachsen sind, dürfen ihre Schulausbildung nicht beenden und werden im Herkunftsland ihrer Familie verheiratet. Zwangsverheiratungen in Deutschland sollten daher durch einen eigenen Straftatbestand geächtet werden.

3. Schulisches Leben

Leider werden viele Mädchen von ihren Familien vom Sport- und Sexualkundeunterricht abgehalten. Darüber hinaus wird ihnen die Teilnahme an Klassenfahrten untersagt. Die Schulen sind in besonderer Verantwortung, etwa durch Schulordnungen oder durch Schulverträge solches Verhalten zu verhindern.

(gekürzte Fassung)

Heinen/Granold: Straftatbestand „Stalking“ einführen

Anlässlich der ersten Lesung im Bundestag des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines Stalking-Bekämpfungsgesetzes am 11. Mai 2006 erklären die Vorsitzende der Gruppe der Frauen, Ursula Heinen MdB, und die zuständige Berichterstatterin, Ute Granold MdB:

Es ist an der Zeit einen eigenen Straftatbestand für schwere Belästigung im Strafgesetzbuch einzuführen. Stalking, also die fortgesetzte Verfolgung, Belästigung und Bedrohung einer anderen Person gegen deren Willen, muss in unserer Gesellschaft ernst genommen und darf nicht als „Kavaliersdelikt“ angesehen werden. Ein eigener Straftatbestand wird diesbezüglich Signalwirkung haben. Deshalb begrüßen wir die Gesetzesentwürfe der Bundesregierung und des Bundesrats.

Auch wird es durch das neue Gesetz möglich sein, die Opfer besser als bisher zu schützen. Während die Strafverfolgungsbehörden nach bisheriger Rechtslage oftmals warten müssen, bis es zur Eskalation gekommen ist, soll nach dem Gesetzesentwurf eine zeitlich begrenzte Ingewahrsamnahme des Belästigers möglich sein, um in bestimmten Situationen früher eingreifen und diese entschärfen zu können.

Um die breite Öffentlichkeit auf die Probleme des Stalking aufmerksam zu machen, wird sich die Gruppe der Frauen für eine Anhörung nach der ersten Lesung stark machen, um alle Facetten auszuleuchten und der Öffentlichkeit die Probleme der Opfer und der Rechtsverfolgung näher zu bringen.

Nur 6 Frauen in Prodis Kabinett

Die neue Regierung Italiens zählt 26 Minister, nur sechs davon sind Frauen. Von diesen sechs ist eine Gesundheitsministerin Livia Turco, die anderen fünf sind Ministerinnen ohne eigenen Geschäftsbereich.

(Quelle: FAZ, 18.05.2006)

Brasilien – Frau wird Vorsitzende des obersten Gerichtshofes

In Brasilien übernahm am 28.04.2006 zum ersten Mal eine Frau eines der drei höchsten Ämter im Staate - den Vorsitz des Obersten Gerichtshofs. Ellen Garcia Northfleet ist 58 Jahre alt und war im Jahr 2000 bereits die erste Frau, die in den neunköpfigen Gerichtshof aufgenommen wurde.

(Quelle: AFD 28.04.2006)

Ausgaben für die Schule

Im Jahr 2003 wurde in Deutschland für die Ausbildung eines Schülers / einer Schülerin an öffentlichen Schulen rund 4 600 Euro ausgegeben, wobei bei allgemein bildenden Schulen die Ausgaben um 1 800 Euro pro Schüler/-in höher als bei beruflichen Schulen waren.

Innerhalb der allgemein bildenden Schulen variierten die Ausgaben abhängig davon, ob es sich um eine Grundschule (3 900 Euro je Schüler/-in), ein Gymnasium (5 400 Euro je Schüler/-in) oder eine Sonderschule (11 700 Euro je Schüler/-in) handelt.

Im ganzen Bundesland wurden 2003 durchschnittlich je Schüler 3 800 Euro pro Personal, 500 Euro für den laufenden Sachaufwand und 300 Euro für Investitionen ausgegeben.

(Quelle: Statistisches Bundesamt, 18.04.2006)

Für ein kindergerechtes Deutschland

Am 24. April 2006 überreichten Jugendliche dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Hermann Kues, den Report zum Nationalen Aktionsplan "Für kindergerechtes Deutschland 2005-2010".

An dem Dokument arbeiteten seit August 2005 mehrere hundert Jugendliche. Die Hauptpunkte sind: mehr Freiräume für Jugendliche, Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit sowie Integration als Querschnittsaufgabe. Das Projekt "Für kindergerechtes Deutschland 2005-2010" wurde von der Servicestelle Jugendbeteiligung koordiniert und durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ermöglicht. Der Nationale Aktionsplan knüpft an den "Weltkindergipfel" der Vereinten Nationen in New York vom Mai 2002 an, wo die weltweite Verbesserung der Lebenssituation von Kindern als Ziel festgelegt wurde.

(Quelle: Pressemitteilung BMFSFJ 24.04.2006)

Zitat des Monats

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.06.2006

Joachim Kardinal Meisner zur Diskussion um das Ehegattensplitting:

"Statt Beharren auf alten Positionen oder schlichtem Abschaffen derselben ist von der Politik jetzt Mut zur Gestaltung gefordert. Wir müssen aber auf jeden Fall die Kinder wieder in die Mitte stellen, damit unsere Gesellschaft Zukunft hat."

- TERMINVORSCHAU - DER GDF-SITZUNGEN

nächster Termin nach der parlamentarischen Sommerpause:

Donnerstag, 7. September 2006, 13.15 Uhr

11. bis 13. September 2006:

Reise der Gruppe der Frauen in die Türkei

Donnerstag, 21. September 2006, 13.15 Uhr:

Gespräch mit Bundesjustizministerin Brigitte Zypries zum Thema „Unterhaltsrecht“

Stiftung zur Förderung der Gleichberechtigung sucht Bewerberinnen

Die Brigitte-Berkenhoff-Stiftung hat sich die Förderung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen in Bereichen, in denen Frauen benachteiligt oder unterrepräsentiert sind, zum Ziel gemacht. Dieser Stiftungszweck wird durch die Vergabe von Preisen umgesetzt. Der Brigitte-Berkenhoff-Preis wird daher vergeben erstens für Strategien zur Entwicklung der Position der Frau in der Gesellschaft oder zweitens für Erfindungen, Forschungsarbeiten oder fachspezifische Neuerungen von Frauen. Der Preis wird jährlich vergeben. Die Höhe des Preisgeldes beträgt 600,- EUR.

Die Stiftung ist Mitglied im Bundesverband deutscher Stiftungen. Weitere Informationen sind erhältlich unter:

www.britigite.berkenhoff-stiftung.org

IMPRESSUM

Herausgeber
Dr. Norbert Röttgen MdB
Hartmut Koschyk MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ursula Heinen MdB
Redaktion: Miriam Rado
(verantw.)
Telefon (030) 227 58957
Telefax (030) 227 56093
E-Mail: GruppederFrauen@cducsu.de
www.cducsu.de/gdf